



Protokoll der 5. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. Dezember 2008, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 40 Mitglieder

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in die Finanzkommission <i>://: Vorschlag der Grünen Fraktion genehmigt.</i>	2008/37
2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2009 <i>://: Voranschlag mit drei Zusatzanträgen der Fiko und einem Zusatzantrag der BPK genehmigt.</i>	2008/15 2008/15a 2008/15b
3. Jahresprogramm 2009 des Stadtrates <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i>	2008/31
4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung - Teilgebiet ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum (2. Lesung) <i>://: Anträgen der Spezialkommission Ortsplanung in 2. Lesung zugestimmt. Minergie-Artikel auf Antrag der Spezialkommission gestrichen.</i>	2006/118 2006/118a 2006/118b
5. Bericht des Stadtrates betreffend Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen - Anpassung <i>://: An die GoR überwiesen.</i>	2008/32
6. Bericht des Stadtrates betreffend Feuerwehrreglement – Totalrevision <i>://: An die GoR überwiesen.</i>	2008/35
7. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ausbau des Mobilfunknetzes <i>Vertagt.</i>	2008/8 2008/8a
8. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit) <i>Vertagt.</i>	2008/26
9. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standreglement <i>Vertagt.</i>	2008/27
10. Motion von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Mittelfristige Sicherstellung des Personalbestandes der Stützpunktfeuerwehr Liestal und Gründung einer Jugendfeuerwehr <i>Abgesetzt.</i>	2008/28

11. Motion von Michael Bischof, FDP Liestal, betreffend Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz
Vertagt. 2008/29
12. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung
Vertagt. 2008/12
13. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“
Vertagt. 2008/19
14. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler, Grüne, betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtl
Vertagt. 2008/21
15. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Strukturwandel in der Liestaler Altstadt und zur zusätzlichen Aufwertung als attraktives Wohnquartier, was wiederum Kunden bringt
Vertagt. 2008/22
16. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
Vertagt. 2008/23
17. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
Vertagt. 2008/24
18. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Aufbau eines effizienten Stadtmarketings
Vertagt. 2008/34

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Dezember-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. Oktober 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Die Ratsschreiberin Beate Kogon verlässt Ende Jahr die Stadtverwaltung. Sie nimmt heute an ihrer letzten Einwohnerrats-Sitzung teil.
- Per Ende Jahr sind drei Rücktritte aus dem Einwohnerrat zu verzeichnen.

Astrid Basler (GL) teilt mit: „Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich gebe per Ende Dezember 2008 meinen Rücktritt vom Einwohnerrat bekannt. Ich möchte meinem Nachfolger Hanspeter Zumsteg Platz machen, da er als Energiefachmann für meine Fraktion einen Gewinn darstellt. Im August 2003 durfte ich als Nachfolgerin von Deborah Keller nachrücken. Auch nach meiner Wiederwahl im 2004 und 2008 durfte ich im politischen Prozess mitwirken. Ich nehme einen grossen Erfahrungsschatz mit mir und möchte mich für die Unterstützung bei meiner Fraktion und den Räten und Rätinnen ganz herzlich bedanken. Auch möchte ich mich für die hilfreichen Dienste der Verwaltung in den vergangenen Jahren bedanken. Ich wünsche meinem Nachfolger Hanspeter Zumsteg alles Gute.“

Marie-Theres Beeler (GL) schreibt: „Sehr geehrter Herr Präsident des Einwohnerrates, lieber Franz. Gute zwei Amtsperioden gehöre ich dem Liestaler Einwohnerrat an, habe in den vergangenen Jahren durch dieses Engagement viele wertvolle Erfahrungen gemacht und einiges gelernt. Die Zusammenarbeit in unserer Fraktion als auch die Kontakte über die Grenzen der Partei hinaus sind für mich wertvoll geworden, um mich in Liestal persönlich zu verankern und zu beteiligen. Per 31. Dezember 2008 werde ich nun aus dem Einwohnerrat zurücktreten, weil ich eine neue Aufgabe übernehme und mein Zeitbudget eine weitere Mitarbeit nicht mehr erlaubt. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zeit und wünsche dem Einwohnerrat weiterhin spannende Auseinandersetzungen in einer fairen politischen Kultur.“

Claudia Roche (SP) teilt mit: „Sehr geehrter Herr Kaufmann, lieber Franz. Per 31. Dezember 2008 muss ich leider meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklären. Ich habe neue berufliche Aufgaben übernommen, die es mir nicht mehr erlauben, das Amt als Einwohnerrätin so auszuüben, wie ich es für angemessen halte. Dies liess sich nicht abschätzen, als es um die Wiederkandidatur für die vor kurzem begonnene Amtsperiode ging. Ich habe im Einwohnerrat viel gelernt und erlebt, was mir Freude gemacht hat und wofür ich dankbar bin. Meinen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich viele konstruktive Ideen, die unserer Stadt gut tun. Ich danke allen für die faire Zusammenarbeit.“

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) betont, er bedaure diese Rücktritte sehr. Es gehe dadurch viel Wissen verloren, das man sich zuerst aneignen müsse. Verloren gehe auch das Spezifische, das die drei Einwohnerrätinnen als Frauen in die Ratsarbeit eingebracht hätten. Astrid Basler habe stets eine konsequente grüne Linie verfolgt. Claudia Roche habe mit grossem Geschick die Geschäftsprüfungskommission geleitet und mit viel Gespür die Kommissionsberichte verfasst. Marie-Theres Beeler habe den Rat vor zwei Jahren als Präsidentin souverän geleitet. Sie rücke für Esther Maag in den Landrat nach. Im Namen des Büros und der Ratskolleginnen und -kollegen danke er den drei Einwohnerrätinnen für die zugunsten der Stadt geleistete Arbeit und wünsche ihnen für ihren weiteren Weg alles Gute.

Mitteilungen des Ratsbüros

- An jedem Platz liegt ein Tischpapier zum Traktandum Ortsplanung. Es handelt sich um eine Zusammenfassung des Ratspräsidenten Franz Kaufmann als Grundlage für die zweite Lesung des Geschäfts.
- Es wird darum gebeten, keine Getränke in den Saal mitzunehmen.
- Das Büro erinnert an die Ausstandspflicht von Einwohnerrats-Mitgliedern. Gemäss § 8 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat gilt sie, wenn Einwohnerrats-Mitglieder bei einem Verhandlungs-Gegenstand unmittelbar betroffen sind.
- Gemäss § 34 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat sind die Protokolle der Kommissions-Sitzungen nicht öffentlich. Der Inhalt der Kommissions-Sitzungen ist auch mündlich nicht weiterzugeben.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|-----------------|
| - Meret Kaufmann | Seite FDP |
| - Paul Finkbeiner | Seite SP, Grüne |
| - Elisabeth Augstburger | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Franz Kaufmann namens des Büros des Einwohnerrats betreffend Mobilfunkantennen auf dem Gitterli (Nr. 2008/36).

Mitteilungen des Stadtrates

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Traktandenliste

Margrit Siegrist (SVP) teilt mit, dass Daniel Spinnler und sie die Motion betreffend Mittelfristige Sicherstellung des Personalbestandes der Stützpunktfeuerwehr Liestal und Gründung einer Jugendfeuerwehr (Nr. 2008/28) zurückziehen würden. Der Grund sei das nun vorliegende revidierte Feuerwehr-Reglement. Das Traktandum Nr. 9 sei deshalb abzusetzen.

Stadtrat Peter Rohrbach schlägt vor, das Traktandum Nr. 17 (Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Aufbau eines effizienten Stadtmarketings, Nr. 2008/34) vorzuziehen und als viertes Traktandum zu behandeln.

Hanspeter Stoll (SP) meint, das mache Sinn, da es in seiner Interpellation um aktuelle Aspekte gehe.

://: Einstimmig wird genehmigt, das Traktandum Nr. 17 vorzuziehen und als Traktandum Nr. 4 zu behandeln.

39 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen in die Finanzkommission (Nr. 2008/37)

Die Grüne Fraktion beantragt, folgende Ersatzwahlen vorzunehmen:

Finanzkommission (Fiko)

Ordentliches Mitglied:

- Erika Eichenberger; anstelle von Marie-Theres Beeler

Ersatzmitglied:

- Jürg Holinger; anstelle von Astrid Basler

Die neue Besetzung gilt ab 01.01.2009.

://: Die Wahl der neuen Mitglieder für die Finanzkommission wird einstimmig genehmigt.

40 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2009 (Nr. 2008/15, 2008/15a, 2008/15b)

Der Stadtrat hält in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes fest:

Der Voranschlag 2009 lehnt sich an den Entwicklungsplan 2009-2013 an und berücksichtigt die Entwicklung 2008. In diesem Bericht werden vor allem Abweichungen für das Jahr 2009 zum Entwicklungsplan aufgezeigt. Ziele und Massnahmen für das nächste Jahr sind im Jahresprogramm erläutert.

Innerhalb der einzelnen Aufwand- und Ertragsposten gibt es nur wenige Abweichungen gegenüber dem Entwicklungsplan 2009-2013. Die wichtigen Kenngrössen wie Saldo Laufende Rechnung und Finanzierungssaldo sind fast identisch mit dem Planjahr 2009. Somit werden auch mit dem Voranschlag 2009 die Eckdaten der Finanzstrategie eingehalten.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

- 1 Der Einwohnerrat genehmigt den Voranschlag 2009 der Stadt Liestal, bestehend aus:
 - Laufender Rechnung;
 - Investitionen, für die keine separate ER-Vorlage folgen wird, im Rahmen
 - der Einwohnerkasse,
 - der Wasserversorgung und
 - der Abwasserbeseitigung.
2. Der Stellenplan 2009 wird zur Kenntnis genommen.
3. Im Jahr 2009 gelten für Liestal Steuerfuss, Steuersätze, Gebühren und Abgaben wie folgt:

Einkommens- und Vermögenssteuer Natürliche Personen	67 % der Staatssteuer (unverändert)
Ertragssteuer Juristische Personen	5 % des Ertrages (unverändert)
*Kapitalsteuer Juristische Personen	0.35 % des steuerbaren Kapitals (unverändert)
Wasser-Zins (inkl. 2.4% MwSt.)	CHF 1.74/m ³ (unverändert)
Abwasser-Zins (inkl. 7.6% MwSt.)	CHF 2.26/m ³ (unverändert)
35l-Kehrichtsack-Gebühr (inkl. 7.6% MwSt.)	CHF 2.80 (unverändert)
Jahresgebühr 1. Hund	CHF 70.- (unverändert)
Jahresgebühr 2. Hund	CHF 140.- (unverändert)
Feuerwehersatzabgabe in % des steuerbaren Einkommens	0.4% (unverändert)
Minimum:	CHF 20.- (unverändert)
Maximum:	CHF 600.- (unverändert)

4. Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals orientiert sich am Landratsbeschluss für das Staatspersonal (Annahme im Voranschlag 2009: 2.6 %).

Die Finanzkommission (Fiko) stellt folgende Zusatzanträge:

1. Das Konto Jugendkommission 540.319.01 wird von TCHF 15 auf TCHF 30 erhöht. (Erläuterung und Begründung siehe „Details aus Laufender Rechnung“.)
2. Abwasserbeseitigung Weidelibächli (siehe Voranschlag Seite 2/31) / Vergrößerung und Schmutzwasserleitung für TCHF 250: Das Investitionsverhaben soll mit einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorgelegt werden. (Erläuterung und Begründung siehe Details „Investitionen 2009“.)
3. Aufgabenhort und Mittagstisch / Reduktion der Betreuerlöhne um je 50 Prozent auf von je TCHF 38 auf neu je TCHF 19. (Erläuterung und Begründung siehe „Details aus Laufender Rechnung“.)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) stellt folgenden Zusatzantrag:

Die Finanzierung der Neugestaltung der Allee wird ins Jahr 2010 gelegt.

Fiko-Präsident Heinz Lurf (FDP) legt dar, die so genannte Rohrbach'sche Balance werde 2009 eingehalten. Rund CHF 3 Mio. würden investiert, mit knapp CHF 1,5 Mio. würden Schulden abgebaut, wenn das Budget eingehalten werde. Die Fiko halte die Annahmen für realistisch. Die Kommission habe sich in ihrer Beratung auf einige Schwerpunkte beschränkt. Bei der Investitionsrechnung habe sie sich speziell mit den gebundenen Investitionen auseinandergesetzt. Für die gebundenen Investitionen erhalte der Einwohnerrat keine separaten Vorlagen. Die Fiko wolle hier zwei Ausnahmen machen, und zwar bei der Allee-Arena und der Abwasserbeseitigung Weidelibächli. Zur Allee-Arena stelle die Bau- und Planungskommission einen Antrag. Bei der Erneuerung des Wasser- und Abwasserleitungsnetzes in der Kanonengasse folge die Fiko dem Vorschlag der BPK und fordere keine separate Vorlage. Bei den Details zur Laufenden Rechnung habe die Fiko den Budgetposten Regionale Musikschule Liestal diskutiert. Es sei ein Antrag auf Reduktion dieses Betrags formuliert, jedoch wieder zurückgezogen worden. Die Kommission habe beschlossen, auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zu warten, die das Thema Musikschule genauer untersuchen werde. Die Fiko nehme den Stellenplan zur Kenntnis, der um 30 Stellenprozente aufgestockt werde. Sie habe festgestellt, dass die „Sport und Freibad Gitterli AG“ 2009 eine höhere Summe erhalte, als einst beschlossen worden sei. Dem Einwohnerrat werde dazu eine Vorlage unterbreitet.

Stadträtin Marion Schafroth habe Fragen der Kommission zum Departement Betriebe beantwortet. Gemäss ihren Aussagen würden die neuen Wasser- und Abwasser-Reglemente in den nächsten Wochen dem Einwohnerrat vorgelegt. Für die Jugendkommission seien im Entwicklungsplan 2009-2013 CHF 30'000.- vorgesehen, im Voranschlag 2009 sei dieser Betrag aber um die Hälfte reduziert, mit der Begründung, dass die Projekte noch nicht so weit gediehen seien. Die Fiko beantrage, diesen Posten wieder auf CHF 30'000.- aufzustocken. Beim Thema Aufgabenhort und Mittagstisch bestehe ein buchhalterisches Problem. Die Betreuerlöhne für diese beiden Einrichtungen seien für das ganze Jahr 2009 berechnet worden. Wenn die Tagesschule aber auf Mitte Jahr eingeführt werde, würden Aufgabenhort und Mittagstisch von diesem Zeitpunkt an entfallen. Deshalb stelle die Fiko den Antrag, die Betreuerlöhne für Aufgabenhort und Mittagstisch im Budget 2009 um 50 Prozent zu reduzieren. Die Position Ortsplanung und Planung Bahn 2000 sei überschritten worden, Nachtragskredite dazu aber noch nicht beantragt. Die Fiko erwarte dazu weitere Informationen. Die Kommission danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die rasche und umfassende Beantwortung von gegen hundert Fragen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, ausser den Zusatzanträgen der Fiko und der BPK seien keine weiteren Budget-Anträge eingegangen.

BPK-Präsident Matthias Zimmermann (SP) führt aus, er danke Fiko-Präsident Heinz Lurf für die Koordination mit der BPK. Vor allem drei Punkte hätten die BPK beschäftigt. Erstens sei dies die Erneuerung der Kanonengasse, die der Kanton mit der Verlängerung des Fernheiznetzes in die Kanonengasse auslöse. Auf diese Weise komme die Stadt relativ günstig zu einer Erneuerung des Wasser- und Abwasserleitungsnetzes und einer neuen Oberflächengestaltung. Damit müsse es vorwärts gehen; die BPK sei der Meinung, dass es dazu keine separate Vorlage für den Einwohnerrat brauche. Anders verhalte es sich beim zweiten Punkt, der Allee-Arena. Dieses Thema sei in Ruhe anzugehen. Deshalb fordere die BPK, die Finanzierung der Neugestaltung der Allee ins Jahr 2010 zu legen. Beim dritten Punkt handle es sich um das Thema Trinkwasser und Anschluss an den Regionenverbund. Die BPK sei unsicher gewesen, wie der Auftrag des Einwohnerrats an den Stadtrat tatsächlich laute. Inzwischen sei die Kommission informiert worden, dass der Einwohnerrat 2009 zu diesem Thema eine Vorlage erhalte. Die BPK stelle also nur einen Zusatzantrag und beantrage abgesehen davon einstimmig, dem vorliegenden Voranschlag zuzustimmen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, nun folge die Eintretens-Debatte.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, seine Fraktion beurteile das Budget 09 mit wenigen Ausnahmen als gute Vorlage. Erfreulich sei der wiederum positive Saldo der Laufenden Rechnung. Die Verteilung der verfügbaren Mittel auf Investitionen und Schuldenabbau sei ausgewogen. Die Fiko und die BPK hätten bei der Prüfung des Budgets gute Arbeit geleistet. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstütze deshalb die Anträge der beiden Kommissionen. Sie danke dem Stadtrat dafür, dass er auch bei diesem Budget das langfristige Finanzziel im Auge behalten habe.

Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, auch die Grüne Fraktion nehme das Budget 09 anerkennend zur Kenntnis und wolle darauf eintreten. Sie begrüsse die Orientierung an den strategischen Zielsetzungen des Entwicklungsplans 2009-2013. Ihre Fraktion sehe, dass der Stadtrat haushälterisch mit den Steuern und Abgaben umgehen wolle und trotzdem wichtige Impulse setze. Er investiere in Liestal als Wohnort und Einkaufsort, in eine gute und zeitgemässe Bildung und in die Entwicklung einer prospektiven Sozialpolitik, die vor Armut schütze und zur Selbsthilfe ermutige - das alles bei gleichen Sätzen von Steuern und Abgaben und einem Schuldenabbau von CHF 1,5 Mio.

Hanspeter Stoll (SP) berichtet, auch die SP-Fraktion habe sich eingehend mit dem Voranschlag auseinandergesetzt. Er werde sowohl auf das Positive als auch auf das, was Sorgen bereite, eingehen. Liestal schreibe 2009 noch immer schwarze Zahlen. Ohne die Mindererträge bei den Parkplatz-Einnahmen würde die Stadt über weitere CHF 400'000.- verfügen. Die Eckdaten der Finanzstrategie würden eingehalten. Mit Nettoinvestitionen von CHF 2,7 Mio. werde ein positives Zeichen gesetzt. Seine Fraktion hoffe, dass man die geplanten Investitionen auch umsetzen könne. Die Abweichungen zum Entwicklungsplan seien sachlich begründet.

Persönlich wolle er anmerken, dass die Fiko das Thema Kanonengasse länger diskutiert habe. Das Stedtli sei durch die vielen Baustellen in einer schwierigen Situation, und die Kanonengasse beanspruche relativ viel Zeit. Ein weiterer Punkt sei das Thema Baurecht gewesen. Die Bürgergemeinde verlange auf dem Gebiet der Bäder auf einmal höhere Zinsen. Dafür brauche es eigentlich eine Zonenplanänderung. Er sei froh, dass dazu eine Vorlage komme.

Sorgen bereiteten der SP-Fraktion nach wie vor die hohen Schuldzinsen. Es sei deshalb richtig, bei der Finanzstrategie zu bleiben. Bund und Kanton würden immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegieren. Die Auswirkungen seien nicht immer ganz klar, was die Planung erschwere. Bei den Spezialfinanzierungen sei im Bereich Wasserversorgung und -entsorgung mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen. Hier müsse man sehr sorgfältig vorgehen. Seine Fraktion meine, eine Erhöhung solle sozialverträglich sein. Ideen seien gefragt. Man müsse sich auch überlegen, ob nicht eine Grundgebühr einzuführen sei. Der Wasser-

verlust betrage noch immer 17 Prozent, das wirke sich auch finanziell aus. Das Departement Betriebe habe mit Altlasten zu kämpfen. Seine Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung, insbesondere Bereichsleiter Thomas Kunz, der wesentlich mitgearbeitet habe. Die SP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten auf den Voranschlag 09.

Michael Bischof (FDP) erläutert, die FDP-Fraktion sei mit dem Voranschlag 09 grundsätzlich einverstanden. Die Finanzstrategie werde mehr oder weniger eingehalten. Seine Fraktion hoffe, dass der Schuldenabbau auch in Zukunft weiter in diesem Ausmass erfolge, da die Zinsbelastung enorm sei. Die FDP-Fraktion sehe die Jugendmusikschule nicht als heilige Kuh an. Sie sei etwas Notwendiges, koste aber dieses Jahr wieder CHF 150'000.- mehr. Man müsse kreativ über andere Unterrichtsformen nachdenken. Seine Fraktion begrüsse die Anträge zur Allee und zum Weidelibächli. Die Allee sei ein neuralgischer Punkt von Liestal, eine Gesamtsicht mache Sinn. Seine Fraktion ziele aber auf eine moderate Vorlage ab; man könne auf das Know-how der Verwaltung zurückgreifen. Betreffend Baurechtszinsen sei die Bürgermeinde vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Hier sei man auf Leistung und Gegenleistung angewiesen. Die Ortsplanung weise finanziell eine massive Abweichung nach oben auf, und der Stadtrat habe noch keinen Nachtragskredit beantragt. Die FDP-Fraktion erwarte dazu in der Diskussion des Entwicklungsplans Antworten. Den Antrag betreffend Konto Jugendkommission werde sie auch unterstützen. Als Unternehmer habe er Mühe mit dem Teuerungsausgleich von 2,6 Prozent. Er denke, der Landrat würde den Entscheid heute so nicht mehr fällen. In den nächsten Jahren sei zu überdenken, ob die Stadt dem Kanton hier immer blind folgen solle. Die FDP-Fraktion sei auch für die Beibehaltung der Steuersätze, Gebühren und Abgaben. Da könne man jetzt nichts ändern. Nächstes Jahr werde es allerdings zu einer dramatischen wirtschaftlichen Entwicklung kommen. Deshalb erwarte er massiv sinkende Einnahmen, nicht nur bei den Firmen, sondern auch bei den Privaten. Dieser Umstand sei beim Entwicklungsplan zu berücksichtigen. Die FDP-Fraktion werde die Anträge unterstützen. Sie danke allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Markus Meyer (SVP) berichtet, die SVP-Fraktion habe den Voranschlag im Detail angeschaut. Sie könne sich Vielem, das gesagt worden sei, anschliessen. Grosse Skepsis herrsche in seiner Fraktion bezüglich der Steuereinnahmen. Diese würden 2009 kaum gehalten. Gegensteuer müsse man bei den Ausgaben geben. Bei zukünftigen Voranschlägen dürfe der Aufwand nicht mehr in gleichem Mass ansteigen. Es werde immer mehr auf die Gemeinden zukommen. Mehr Schuldenabbau sei jetzt nicht möglich, er dürfe aber auch nicht tiefer ausfallen. Wenn möglich, müsse er erhöht werden. Seine Fraktion danke Stadtrat Peter Rohrbach und Bereichsleiter Thomas Kunz, die die vielen Fragen der Fiko beantwortet hätten. Die SVP-Fraktion sei für Eintreten und stimme dem Voranschlag grösstenteils zu.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, er danke für die positive Aufnahme des Budgets. Die Balance-Strategie sei wichtig. Man müsse auf allen Seiten die Geduld behalten. Letztes Jahr habe der Stadtrat die Strategie formuliert, man könne nicht auf einmal etwas ganz Neues machen. Über die Einnahmen könne man rätseln; wie es damit wirklich aussehe, wisse man erst 2011. Liestal besitze ein robustes Polster an Eigenkapital. Wenn die Rechnung einmal nicht positiv ausfalle, sei die Finanzlage also noch nicht in Gefahr. Ende 09 habe die Stadt noch ca. CHF 34 Mio. Schulden. Das sei noch immer viel. Im Vergleich mit den anderen Gemeinden befinde sich Liestal punkto Zinsbelastung an der Spitze. Der Stadtrat sei sehr froh, dass der Einwohnerrat die Balance bestätigt habe. Man müsse Schulden abbauen und gleichzeitig andere Aufgaben, zum Beispiel in der Bildung, wahrnehmen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, er beginne nun mit der Detailberatung des Voranschlags. Zuerst werde der Antrag der BPK diskutiert.

Hans Brodbeck (FDP) berichtet, die FDP-Fraktion habe sich eigentlich über den Vorschlag des Stadtrates, wie man den Abhang beim Fussweg zwischen der Post und der Brücke über den Bach neu gestalten könne, gefreut. Andererseits existierten zur Allee eine ganze Reihe von Vorstellungen, wie es dort auch aussehen könne. Es gebe das Bedürfnis nach einem

grösseren Spielplatz, einem Teich, einer anderen Wasserführung, einer Aufwertung des Lüdipärklis und so weiter. Seine Fraktion halte es für falsch, nur einen Teil zu realisieren und dann weiterzuschauen; sie wolle das Ganze sehen. Stadtrat Ruedi Riesen habe angeboten, eine Arbeitsgruppe zusammenzustellen, um die Bedürfnisse abzuklären. Es sei verfrüht, schon jetzt über diesen Kredit zu beschliessen.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, die Grüne Fraktion unterstütze ebenfalls den Antrag, das Thema Allee als eigene Vorlage in den Einwohnerrat zu bringen. Es mache Sinn, über ein Konzept zur Gesamtnutzung der Allee abzustimmen. Man müsse sich nicht nur überlegen, wie es dort aussehe, sondern auch, wer sich dort aufhalte. 2009 solle das Konzept vorliegen, damit es 2010 realisiert werden könne. Das Herauslösen dieses Punkts aus den gebundenen Investitionen sei für ihre Fraktion mit dem Wunsch verknüpft, das Projekt nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Matthias Zimmermann (SP) unterstreicht, dies sei genau der Wille der BPK.

://: Der Antrag der BPK, die Finanzierung der Neugestaltung der Allee ins Jahr 2010 zu legen, wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) sagt, als Nächstes würden die Zusatzanträge der Fiko bearbeitet. Er beginne mit dem ersten der drei Anträge, der Erhöhung der Budgetposition für die Jugendkommission.

Claudia Roche (SP) äussert, die SP-Fraktion bestärke die Fiko in ihrer Sichtweise, dass es ein mutloses Verhalten sei, einen Monat nach dem Abschliessen des Entwicklungsplans den Betrag für die Jugendkommission zu halbieren. Ihre Fraktion wolle ein positives Zeichen setzen und den Mitgliedern der Kommission nicht die Motivation nehmen. Mit der Heraufsetzung des Betrags drücke der Rat den Glauben daran aus, dass die Jugendkommission etwas erarbeiten werde, was sich umsetzen lasse.

Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, die Grüne Fraktion halte es für wichtig, dass das Budget in diesem Punkt wieder so aussehe wie im Entwicklungsplan vorgesehen. Sie erwarte ebenfalls, dass im Bereich Jugendpolitik etwas geschehe und dass auch eine Jugendkommission, die ehrenamtlich arbeite, professionelle Hilfe in Anspruch nehmen könne, um die Dinge auf die Schiene zu bringen. Etwas gestört habe sich die Grüne Fraktion an der leicht vorwurfsvollen Bemerkung im Fiko-Bericht, wonach die Fiko erwarte, dass die Jugendkommission vorwärts mache und nicht bis Ende 2009 nur plane. Ihre Fraktion sei mit dieser Kommission sehr zufrieden. Sie habe den Eindruck, dass sie für eine ehrenamtliche Kommission gute Arbeit leiste.

Erika Eichenberger (GL) gibt bekannt, als Mitglied der Jugendkommission danke sie herzlich für die wohlwollende Aufnahme dieses Antrags. Wenn er durchkomme, wäre das ein tolles Zeichen für die Kommission, die harte Arbeit leiste und im Januar wieder einen neuen Anlauf nehme.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, auch die FDP-Fraktion unterstütze diesen Antrag. Die Jugend stelle die Zukunft der Gesellschaft dar. Seine Fraktion werde aber auch kritisch bezüglich dessen sein, was aus der Arbeit der Jugendkommission entstehe.

://: Der Antrag der Fiko, das Konto Jugendkommission von TCHF 15 auf TCHF 30 zu erhöhen, wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) orientiert, nun komme der Antrag zur Abwasserbeseitigung Weidelibächli zur Abstimmung.

Heinz Lerf (FDP) betont, es gehe dabei nicht um den vorgesehenen Betrag, sondern nur darum, eine separate Vorlage zu bekommen.

://: Der Antrag der Fiko, das Investitionsvorhaben Abwasserbeseitigung Weidelibächli für TCHF 250 mit einer separaten Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen, wird einstimmig genehmigt.

Heinz Lerf (FDP) erklärt, beim nächsten Antrag gehe es um Ausgaben für den Aufgabenhort und Mittagstisch einerseits sowie die Tagesschule andererseits, die nicht parallel laufen könnten.

://: Der Antrag der Fiko, die Betreuerlöhne für Aufgabenhort und Mittagstisch um je 50 Prozent von je TCHF 38 auf neu je TCHF 19 zu reduzieren, wird einstimmig genehmigt.

Ernst Burkhardt (SP) fügt hinzu, er wolle ans Thema Kanonengasse anschliessen. Auf elegante Weise könne man diese Strasse jetzt dank des Fernwärme-Anschlusses durch den Kanton verschönern. Er würde gerne wissen, ob der Stadtrat auch in der Rathausstrasse auf einen solchen Fernwärmeanschluss spekuliere und ob man vielleicht ebenso elegant vorgehen könne. Die Erneuerung der Rathausstrasse sei wahrscheinlich erst nach 2013 an der Reihe. Es halte es aber für wichtig, sie zu thematisieren. Auch im Hinblick auf die Rezession müsse man Arbeiten vergeben, wenn Geld vorhanden sei.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erwidert, dieses Votum nehme er gerne für die Diskussion des Entwicklungsplans mit. Dort sei es sicher ein wertvoller Beitrag.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, die Position Kanonengasse sei auf Seite 106 des Voranschlags zu finden. Dort seien CHF 250'000.- für Strassenerneuerungen und Werkleitungen eingesetzt. Der Betrag sei gegenüber dem vorangegangenen Jahr um CHF 100'000.- erhöht worden. Die CHF 100'000.- brauche man für den Steckbelag. Die Frage sei, ob man sich auf einen Schwarzbelag beschränke oder gestalterisch etwas Besseres machen wolle. In den CHF 100'000.- habe offenbar auch die Gestaltung Platz, die man sich schon vor rund zehn Jahren vorgestellt habe; man müsse sich aber frühzeitig darüber im Klaren sein, was man machen wolle.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass die Kanonengasse jetzt nicht Gegenstand der Diskussion sei. Er fahre weiter mit dem ersten Antrag des Stadtrats.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, im Fiko-Bericht stehe in Bezug auf den ersten Antrag, dass Veränderungen durch Budget-Anträge zu berücksichtigen seien. Mit der Genehmigung des letzten Zusatz-Antrags der Fiko habe man eine Korrektur von Beträgen vorgenommen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) antwortet, das sei richtig, er danke für den Hinweis.

://: Die Laufende Rechnung und die Investitionen des Voranschlags 2009 werden - unter Berücksichtigung der genehmigten Anträge der BPK und der Fiko - einstimmig genehmigt.

://: Der Stellenplan 2009 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Steuerfuss, Steuersätze, Gebühren und Abgaben für das Jahr 2009 werden grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung genehmigt.

://: Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals von 2.6 % für das Jahr 2009 wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen genehmigt.

://: Der Voranschlag 2009 wird in der Schlussabstimmung einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) bemerkt, in Absprache mit der Fiko und dem zuständigen Stadtrat sei er den Voranschlag nicht kapitelweise durchgegangen. Dazu bewogen habe ihn auch die Tatsache, dass die Fiko der Verwaltung rund hundert Fragen zum Budget gestellt habe. Er danke der Fiko und der BPK für die Arbeit und die Verfassung der Berichte.

41 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

3. Jahresprogramm 2009 des Stadtrates (Nr. 2008/31)

Der Stadtrat teilt einleitend zum Jahresprogramm 2009 Folgendes mit:

Das Jahresprogramm enthält die wichtigsten Themen und Vorhaben des Stadtrates und der Verwaltung für das Jahr 2009. Unerwähnt bleiben die laufenden Geschäfte der operativen Ebene. Die Gliederung des Jahresprogramms orientiert sich am Aufbau der Organisation. Sie steht zudem in Übereinstimmung mit dem Aufbau des Entwicklungsplans 2009-2013 und des Voranschlags 2009.

Wie beim Entwicklungsplan sind auch beim Jahresprogramm die Zielsetzungen die Kernaussagen, und es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, sich mit dem Einwohnerrat über diese zu verständigen. In den Abschnitten „Ausgangslage“ und „Lösungsansätze“ werden Hinweise gegeben, wie die Ziele erreicht werden sollen. Dabei werden im Laufe der Zeit die „Lösungsansätze“ immer wieder neuen Erkenntnissen oder Gegebenheiten angepasst. Der Stadtrat ist zuversichtlich, mit dem vorliegenden Jahresprogramm in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Stadt Liestal einen weiteren Schritt voranbringen zu können.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt das Jahresprogramm 2009 zur Kenntnis.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, er gehe davon aus, dass das Eintreten unbestritten sei.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, die Grüne Fraktion sei das Jahresprogramm relativ schnell durchgegangen. Sie wolle es aber doch heute beraten, da sie es für sinnvoll halte, es mit dem Voranschlag zusammen zu behandeln. Ihre Fraktion nehme das Jahresprogramm dankend zur Kenntnis. Sie greife ein paar Punkte heraus.

Zum Standort Liestal würden die Ziele sehr mager ausfallen. Es sei wenig Aufbruchstimmung zu spüren. Die Parkplatzfrage als Jahresziel anzugeben, halte ihre Fraktion für ernüchternd. Über die ungünstigen Öffnungszeiten der Verwaltung werde schon lange diskutiert. Die Grüne Fraktion finde auch, hier sei etwas zu unternehmen. Wer im Bildungssektor tätig sei, wisse um die Bedeutung der sprachlichen und sozialen Frühförderung: Sie erhöhe die Bildungschancen und senke langfristig die Kosten. Ihre Fraktion unterstütze hier die Stossrichtung des Stadtrats, insbesondere auch die Anstrengungen betreffend Standardsprache im Kindergarten. Beim Thema Tagesschule wäre ihre Fraktion gerne schon bei der Realisation. Bei der Musikschule würde ein dezentrales Anbieten von Musikunterricht Sinn machen, wenn damit die Raumproblematik zu lösen sei.

Mit Sorgfalt sei die Neugestaltung des Postplatzes geplant worden. Eine so sorgfältige Planung wünsche sich die Grüne Fraktion auch für die Allee. Es solle kein Flickwerk entstehen. Betreffend Energielabel halte ihre Fraktion es für wichtig, dass die Stadt aktiv bleibe. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt seien weiterhin grosse Anstrengungen zu unternehmen, um den Sockel von Langzeit-Sozialbezügern nicht anwachsen zu lassen. Die Jugendarbeit wolle der Stadtrat mit der Vergabe von Mandaten bewältigen. Da sei sie sehr skeptisch, denn dann würde die Vernetzung mit der Jugend fehlen. Zu diesem Thema müsse man Spezialisten anhören. Das Betriebskonzept zum Haus zur Allee sei auch unter Beizug einer externen Fachperson zu erarbeiten. Bei den Betrieben wünsche sich ihre Fraktion mehr Mut zu zeitgerechten Anlagen zur Bewegungsförderung auf den Spielplätzen. Ihre Fraktion danke der Verwaltung und dem Stadtrat für die gesetzten Ziele, wünsche Glück bei der Umsetzung und nehme das Jahresprogramm dankend zur Kenntnis.

Regula Nebiker (SP) sagt, ihre Fraktion habe das Jahresprogramm immer ausführlich diskutiert und dem Stadtrat ein Feedback gegeben. Diesmal sei weniger Zeit zum Lesen geblieben, deswegen falle die Stellungnahme knapp aus. Die SP-Fraktion nehme das Jahresprogramm zur Kenntnis. Sie werde dann dem Entwicklungsplan mehr Gewicht geben. Mit dieser Situation sei die SP-Fraktion nicht glücklich. Dass die Fraktionen sich so wenig Zeit für das Jahresprogramm hätten nehmen können, sei die Konsequenz der verzögerten stadträtlichen Vorlagen in diesem Herbst. Ihre Fraktion hoffe dringend, dass der Stadtrat in den nächsten Jahren an den Planungsterminen für seine Berichte festhalten werde. Dies wäre fruchtbar für die politische Zusammenarbeit in Liestal. Die SP-Fraktion schliesse sich dem Dank für die Arbeit am Jahresprogramm an.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, er vermisse den baulichen Teil der Velostation und die Velo-einrichtungen Wiedenhub und Oristal. Er sehe nicht, wo man da stehe.

Vreni Wunderlin (FDP) unterstreicht, das Jahresprogramm, das als Basis für den Amtsbericht diene, sei übersichtlich präsentiert. Es enthalte gute Lösungsansätze. Die Zielsetzungen könnten aus Sicht der FDP-Fraktion verbindlicher sein. Das Einbinden von Terminen, beispielsweise Angaben pro Quartal darüber, was wann ins Auge gefasst werde, würde das Jahresprogramm noch besser abrunden. Die FDP-Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeit und nehme das Jahresprogramm zur Kenntnis. Die detaillierte Stellungnahme der Fraktion folge.

Nils Henn (FDP) erläutert, die FDP-Fraktion wolle sich zu fünf Punkten äussern. 1.) Der Zwischenbericht zur Überprüfung der Öffnungszeiten der Verwaltung sei längst überfällig. 2.) Die FDP-Fraktion begrüsse den Beizug von externen Spezialisten zur Abklärung der Informatik-Infrastruktur. Sie begrüsse vor allem auch, dass dies bereits in der Phase der Erhebung der Bedürfnisse der Verwaltung geschehe. Damit erwarte sie, dass sehr früh einflüsse, was andere Gemeinden machen würden und was am Markt an Standard-Lösungen erhältlich sei. Es könne nicht um eine spezifische Lösung für Liestal gehen; diese Zeiten seien vorbei. 3.) Der Titel „Bedürfnisabklärung Tagesschule“ sei doppelt falsch. Erstens würden diese Abklärungen schon vorliegen; es gehe jetzt um die Realisierung. Noch viel mehr sei ihm ein Anliegen, dass man nicht von Tagesschule rede. Es handle sich nicht um eine Tagesschule, sondern um familienergänzende Tagesstrukturen. Es sei durchaus möglich, dass es bei diesem Thema zu einer Volksabstimmung komme; auch deshalb sei es ratsam, konsequent nicht von Tagesschule zu reden. 4.) Beim Thema Verkehrssicherheit / Tempo 30 sei seiner Fraktion nicht verständlich, wie viele Zonen jährlich realisiert werden sollten. Ausserdem fehle in der Auflistung die Zone Sichertorn. 5.) Seine Fraktion habe sich gefragt, ob 18 Prozent Wasserverlust viel sei oder nicht. Der Kanton komme gemäss Statistik auf einen Durchschnittswert von 16,7 Prozent. Liestal stehe also nicht schlecht da. Die geplanten Massnahmen seien aus Sicht der FDP-Fraktion adäquat und stünden in einem vernünftigen Verhältnis zum Einsparpotential.

Beat Gränicher (SVP) gibt bekannt, die SVP-Fraktion nehme das Jahresprogramm dankend zur Kenntnis. Sie sei es auch rasch durchgegangen und wäre froh, wenn nächstes Jahr die Termine eingehalten würden.

Vreni Wunderlin (FDP) sagt, sie habe Fragen zum Programmpunkt 4.2.2., „Projekt sprachliche und soziale Frühförderung“. Sie würde gerne wissen, wann das Pilotprojekt gestartet werde, wie die Kinder rekrutiert würden, wie lange das Projekt dauere, ob es abhängig von der Anzahl Kinder sei und ob die Stadt die Kosten übernehme.

Margrit Siegrist (SVP) stellt fest, das Thema Sport sei im Jahresprogramm 2009 nirgends erwähnt. Im Jahresprogramm 2008 hingegen sei von einer Arbeitsgruppe die Rede, die offensichtlich 2008 tätig gewesen sei. Sie würde gerne wissen, wie der Stand der Arbeit dieser Arbeitsgruppe sei, ob die operativen Ziele erreicht worden seien und ob die Arbeit 2009 fort-

gesetzt werde. Es sei die Rede von Vernetzung von Vereinen, Schulen und Gemeinden, von Koordination zwecks optimaler Hallenbenützung, von Animation der Bevölkerung etc.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) informiert, auch ihre Fraktion nehme das Programm dankend zur Kenntnis. Sie sehe die Ziele als Richtziele an.

Claudia Roche (SP) bemerkt, sie habe im ganzen Jahresprogramm nichts zum Thema Radwege gefunden. Sie habe gehört, dass diesbezüglich geschehe. Sie finde es sehr schade, dass dazu gar keine Aussage erfolgt sei, denn das Thema Umsteigen aufs Velo sei doch wichtig. Vielleicht gebe es dazu eine Erklärung.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, er wolle auf die Fragen von Vreni Wunderlin antworten. Für den Erfolg in der Schule und im Beruf, vor allem auch für den Einstieg in die Berufswelt, seien die Sprachkenntnisse entscheidend. Wenn man bei Schülern und Schülerinnen, die Deutsch nicht als Muttersprache hätten, mit der Vermittlung der deutschen Sprache zuwarten, gehe wichtige Zeit verloren. Wenn man das durchdenke, sei es konsequent, so früh wie möglich mit der Sprachvermittlung zu beginnen und damit sogar in die vorschulische Phase zu gehen, damit die Kinder dem Unterricht vom ersten Tag an folgen könnten. Je früher man damit anfangen, desto grösser seien die Lernerfolge. Dies würden auch entwicklungspsychologische Erkenntnisse zeigen. Deshalb wolle der Stadtrat hier einen Akzent setzen. Auch deutschsprachige Kinder würden von dieser Frühförderung profitieren. Jetzt sei man so weit und starte das Projekt „Standardsprache im Kindergarten“ aufs neue Schuljahr hin mit drei Gruppen. Im Fraumattquartier gebe es bereits eine Spielgruppe, die eine solche sprachliche Frühförderung erbringe. Sie sei mit Hilfe eines Service-Clubs zustande gekommen. Dieses Angebot wolle man erweitern. Wenn die Nachfrage grösser sei als das Angebot, müsse man wieder über die Bücher gehen. Betreffend Finanzierung werde die Stadt beim Kanton vorstellig werden. Pilotprojekte im Bildungsbereich kämen grundsätzlich in Genuss einer kantonalen Unterstützung.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) berichtet, vergangene Woche sei im Landrat ein Vorstoss zum Thema Frühförderung ab drei Jahren eingereicht worden.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt zu den Voten von Nils Henn und Claudia Roche klar, pro Jahr würden durchschnittlich zwei Tempo 30-Zonen realisiert. Nächstes Jahr würden drei Zonen fertiggestellt, weil man aufgrund von Einsprachen im Verzug sei, und zwar zuerst Sichten, dann Burghalde mit dem Kessel und zuletzt Schauenburg-Goldbrunnen. Zu den Radrouten stehe das Konzept. Es befinde sich jetzt in einer breit abgestützten Vernehmlassung. Im Februar/März werde die Detailplanung stattfinden. Das Geschäft komme dann in den Einwohnerrat.

://: Das Jahresprogramm 2009 wird mit grossem Mehr genehmigt.

42 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung - Teilgebiet ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum, 2. Lesung (Nr. 2006/118, 2006/118a, 2006/118b)

Die Bau- und Planungskommission hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Die Bau- und Planungskommission - Mitte 2008 in Spezialkommission Revision Ortsplanung umbenannt - hat sich in den vergangenen zwei Jahren zu 22 Sitzungen getroffen, um dieses komplexe Geschäft vorzubereiten. Um einen Einstieg zu erhalten, führte die Kommission eine Besichtigung des für die Revision vorgesehenen Baugebietes durch. Anschliessend liess sie sich über verschiedene, mit der Ortsplanungs-Revision zusammenhängende Bereiche, Vorgaben und Fachausdrücke informieren.

Ziel der Ortsplanung ist die Förderung der Standort-, Lebens- und Wohnqualität in Liestal. Insbesondere galt es, folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Haushälterischer Umgang mit dem Boden.
- Sinnvolle Abstimmung und Anordnung von Art und Mass (Dichte) der Nutzung.
- Bei grösstmöglichem Nutzen die geringstmöglichen Nachteile für den Einzelnen (Privaten), die Allgemeinheit (Öffentlichkeit) und die Umwelt (Lärm, Luft, Landschaft, Natur, Ökologie).

Es schälten sich rasch zwei „Haupt-Diskussionspunkte“ heraus, nämlich a) Systemwechsel von der Nutzungsziffer zur Ausnutzungsziffer und b) Einführung einer sogenannten Ortsbildschonzone. Weil die Kommissionsmitglieder bestrebt waren, nach einer allseits befriedigenden Lösung zu suchen, gab sie den Fraktionen Zeit, diese Punkte zu diskutieren. Weitere Hauptthemen waren die Zone für öffentliche Werke und Anlagen OeWA, die Petitionen Tierpark Weiermätteli, Kinderspielplatz Arisdorferstrasse und Friedenslinde sowie der Strassenetzplan.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Die folgenden Mutationen zu den Zonenvorschriften Siedlung, ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum, werden beschlossen (Fassung nach Beratung in der BPK):
 - a) Zonenreglement mit Anhang
 - b) Zonenplan, Teil Grundnutzung
 - c) Zonenplan, Teil überlagernde Gebiete, Zonen und Objekte
 - d) Strassenetzplan, ganzes Siedlungsgebiet
 - e) Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan, ganzes Siedlungsgebiet
2. Der Inventarplan wird zustimmend zur Kenntnis genommen und als behördenverbindlich erklärt.
3. Die im Jahre 1992 überwiesene Motion zur Überarbeitung der Zonenvorschriften 1974 (Nr. 92/366) und die im Jahre 2002 überwiesene Motion zur Reduktion der OeWA-Zone (Nr. 2002/117) werden abgeschrieben.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, beraten werde die Fassung der BPK bzw. der Spezialkommission Revision Ortsplanung. Die Eintretensdebatte habe bereits an der ersten Lesung stattgefunden. Man werde also gleich in die Detailberatung einsteigen. Einleitend werde der Vizepräsident der Spezialkommission Ortsplanung, Philipp Senn, über die Sitzung

berichten, zu der die Spezialkommission nach der ersten Lesung zusammengekommen sei. Auf dem Papier, das ausgeteilt worden sei, finde man die Anträge und Entscheide aus der ersten Lesung sowie die Informationen, die danach noch eingeholt worden seien.

BPK-Vizepräsident Philipp Senn (SP) berichtet, die Spezialkommission Revision Ortsplanung habe die Entscheide des Einwohnerrats aus der ersten Lesung näher betrachtet und geprüft, ob sie irgendwelche Probleme mit sich bringen würden. Ausserdem habe sie sich darüber informiert, wo die Fraktionen nach der ersten Lesung stünden.

Die Streichung von Artikel 9 Absatz 3a stehe im Einklang mit dem übergeordneten Recht und sei deshalb unproblematisch. Auch die Streichung von Absatz 3b berge keine Überraschungen. Absatz 3c könne weggelassen werden, da der Wortlaut im Absatz 4 derselbe sei. Aus Sicht der Kommission könne man also den ganzen Absatz 3 von Artikel 9 streichen. Die Streichung von Artikel 9 Absatz 5 sei ein politischer Entscheid und bringe keine technischen Probleme mit sich. Den Antrag auf Streichung von Artikel 26 habe der Einwohnerrat an der ersten Lesung abgelehnt. Deshalb habe die Spezialkommission dort nur noch die Frage nach der Abstufung der Kategorien A, B und C aufgegriffen. Die Streichungen von Artikel 29 Absatz 3e und Artikel 29 Absatz 4 seien rechtlich problemlos.

In der ersten Lesung sei der Artikel 30 neu geschaffen worden, der so genannte Minergie-Artikel. Hier habe die rechtliche Abklärung ergeben, dass der Artikel nicht möglich sei, da das kantonale Raumplanungs- und Baugesetz eine derartige Regelung auf kommunaler Ebene nicht vorsehe. Zudem befinde sich das verschärfte kantonale Baugesetz in der Nähe des Minergie-Standards, so dass die Spezialkommission zum Artikel 30 einen Wiedererwägungsantrag stelle. Auf Antrag des Einwohnerratsbüros sei auch der Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen, insbesondere aufgrund der beiden Anträge an den Regierungsrat auf den Seiten 33 und 34. - Aus Sicht der Kommission sei die Teilrevision ein tragbarer Kompromiss, der die Planungsarbeiten zum Abschluss bringen könne. Der Einwohnerrat habe nun die Möglichkeit, es nicht zur Volksabstimmung über das Geschäft kommen zu lassen und sich zur vorliegenden Version der Teilrevision Ortsplanung zu bekennen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, er gehe nun in die Detailberatung. Er beginne mit dem Zonenreglement Siedlung und gehe dort Seite für Seite durch.

Philipp Senn (SP) sagt, er sei nicht sicher, ob Artikel 29 Absatz 4 bereits gestrichen oder ob noch darüber abzustimmen sei.

Adrian Mächler (FDP) bestätigt, dieser Artikel sei in der ersten Lesung gestrichen worden.

Philipp Senn (SP) fährt fort, dann gehe es nun um den Wiedererwägungsantrag der Spezialkommission Revision Ortsplanung zu Artikel 30. Er laute: „Der in der ersten Lesung neu bestimmte Artikel 30 ‚Minergie‘ wird gestrichen.“

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) legt dar, dies sei wohl der einzige Punkt, der zu ernsthaften Diskussionen Anlass gebe, nachdem die sehr hohe Ausnutzungsziffer geschluckt worden sei. Die Mehrheit des Rats habe die Minergie-Bestimmung in der ersten Lesung angenommen. Die Frage sei gewesen, ob die Gemeinde das überhaupt dürfe. Es habe geheissen, der Kanton lasse das nicht zu; doch dafür gebe es bis jetzt keinen sauberen Nachweis. Als Jurist verfüge er über einen gewissen Hintergrund, um das zu beurteilen. Seines Erachtens würden die Regelungen des Kantons den Freiraum dafür lassen, dass die Gemeinden einen solchen Artikel einführen könnten. Im Raumplanungs- und Baugesetz, Artikel 18 Absatz 3, stehe: „Die Zonenreglemente der Gemeinden bestimmen Art und Mass der Nutzung, insbesondere die Bauweise.“ Die Bauweise beinhalte auch Energie-Vorschriften. Er habe sich im Internet auch über die Energie-Strategie des Kantons informiert und dort gelesen: „Der Kanton animiert die Gemeinden, vermehrt auch im Energiebereich die vorhandenen Planungsinstrumente bei der Zonenplanung, Quartierplanung usw. einzusetzen.“ Er schlage vor, den Artikel 30 stehen zu lassen. Wenn der Regierungsrat tatsächlich an seiner im Internet

publizierten Strategie festhalte, werde er diesen Artikel nicht streichen. Und wenn er ihn doch streiche, passiere nichts.

Einwohnerrat Matthias Zimmermann habe allen Einwohnerrats-Mitgliedern eine Broschüre zum Thema Minergie zukommen lassen. Darin sei eine topaktuelle Studie vom November 2008 veröffentlicht, die zehn Jahre Minergie analysiere. Die wesentlichen Erkenntnisse seien: Die Baukosten von Einfamilienhäusern lägen rund sieben Prozent höher als von gewöhnlichen Häusern. Bei Mehrfamilienhäusern betrage der Mehrpreis rund dreieinhalb Prozent. Beim Verkauf von Minergie-Häusern würden die höheren Baukosten durch einen höheren Verkaufspreis abgegolten. Ob das Wohnen in einem Minergie-Haus teurer oder billiger als in einem gewöhnlichen Haus sei, hänge von den Energiekosten ab. Wenn der Erdöl-Preis über hundert Franken pro hundert Liter Öl liege, komme Minergie billiger. Ökologisch mache Minergie absolut Sinn. Es gebe keine effizientere Weise, Energie zu sparen. Wenn Liestal den Minergie-Artikel habe, bedeute das auch ein gutes Geschäft für die lokalen Architekten und das ganze Baugewerbe. Liestal sei Energiestadt. Nun habe man eine Chance, punkto Energiesparen etwas zu machen, was die Stadt nichts kostete.

Er glaube, dass der Rat die Ortsplanungsrevision annehmen werde. Es sei aber möglich, das Referendum zu ergreifen. Wenn es zu einer Abstimmung komme, sei es wesentlich, dass der Einwohnerrat geschlossen hinter dieser Vorlage stehe. Er rufe deshalb die Bürgerlichen auf, mitzuziehen, denn es brauche dieses Gleichgewicht, um das Geschäft erfolgreich durch eine eventuelle Volksabstimmung zu bringen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass man zweimal Abklärungen beim Kanton getroffen habe. Zweimal habe es geheissen, dass es vom Bundesgesetz und Kantonsgesetz her nicht möglich sei, den Minergie-Artikel zu behalten.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, er sei mit den Aussagen von Gerhard Schafroth einverstanden, aber dieser bringe das Anliegen auf der falschen Ebene ein. Die Diskussion gehöre zum Energiegesetz und nicht zum Raumplanungsgesetz. Beim Thema Bauweise, das Gerhard Schafroth angesprochen habe, gehe es zum Beispiel um Fragen von Konstruktion und Statik; der Ausdruck Bauweise müsse absolut nicht Minergie beinhalten. Bald gelange das verschärfte Energiegesetz des Kantons vor den Landrat. In diesem Energiegesetz seien beispielsweise strengere Vorschriften zur Wärmedämmung vorgesehen, die nahe an den Minergie-Standard herankämen. Er bitte darum, die Energiediskussion nicht in Zusammenhang mit den Zonenvorschriften zu führen.

Matthias Zimmermann (SP) erläutert, den Versand der erwähnten Broschüre habe er eingefädelt. Er sei der Meinung gewesen, sie könne ein sinnvoller Beitrag zu dieser Diskussion sein. Die SP-Fraktion habe sich in einem Dilemma gesehen. Sie stehe an sich für Minergie ein, habe sich nun aber trotzdem entschieden, die Anträge der Spezialkommission zu unterstützen; erstens, weil sie mit der Ortsplanung endlich zu einem Ende kommen wolle, und zweitens, weil Minergie zwar etwas sehr Gutes, aber noch nicht überall verstanden sei. Falls es zu einer Volksabstimmung komme, könne das Thema Minergie den Leuten Angst machen. Deshalb meine die SP-Fraktion, der Minergie-Artikel sei zugunsten der Ortsplanung wegzulassen. Zudem bewege sich der Kanton in Richtung Minergie-Standard. Seine Fraktion beantrage, den Anträgen der Spezialkommission zuzustimmen.

Regina Vogt (FDP) sagt, sie wolle sich zum Thema Geschäftschancen äussern. Die Frage sei doch, wer bei der Realisierung eines Gebäudes tatsächlich auf Minergie einsteigen werde. Die Mehrkosten beim Bauen seien nicht klar auf sieben Prozent begrenzt, es könne auch mehr sein. Sie mache Gerhard Schafroth als Grünliberalem beliebt, dass er sich auch an seine liberale Haltung erinnere. Weniger sei mehr, auch bei Reglementen.

Jürg Holinger (GL) stellt fest, Stadtrat Ruedi Riesen meine, diese Debatte sei nicht der richtige Ort, um über Minergie zu reden. Schon in der BPK habe man das Thema nicht diskutieren wollen, als er es vor rund anderthalb Jahren eingebracht habe. So gehe man in dieser Stadt mit einer wichtigen Frage um. Die Grüne Fraktion habe das Thema Ausnützungsziffer

nicht noch einmal aufs Tapet gebracht, obwohl man von ihr aus gesehen hier einen Schritt in die falsche Richtung mache. Die falsche Richtung bestehe in der Denkweise, unter dem Druck einer möglichen Volksabstimmung dem ursprünglich mutigen Entwurf immer mehr Zähne zu ziehen. Eine Minderheit einer vorberatenden Kommission dürfe auch etwas ins Plenum bringen. Der Grund, weshalb seine Fraktion der Ortsplanungsrevision doch noch zustimmen würde, wäre der Antrag von Gerhard Schafroth betreffend Minergie. Jetzt wolle man diese gute Idee streichen und mit juristischen Argumenten vernichten. Er bitte den Rat darum, den Artikel im Reglement zu lassen. Wenn er juristisch wirklich nicht haltbar sei, könne man es dem Regierungsrat überlassen, ihn zu streichen. Wenn es aber so sei, dass der Kanton die Gemeinden vermehrt dazu animiere, in der Zonenplanung das Thema Energiesparen aufzugreifen, werde er den Artikel vermutlich nicht ohne Weiteres streichen. Man zeihe dem Reglement Zähne, bis fast keine mehr da seien. Wann die Mustervorschriften in Kraft gesetzt würden, wisse man nicht. Sein Motto sei: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Die Mehrheit seiner Fraktion sei für die Beibehaltung des Artikels 30.

Pascal Porchet (FDP) hält fest, natürlich sei Minergie eine gute Sache. Aber man schraube hier in einem winzigen Bereich herum. Liestal sei Energiestadt, sie mache nicht nichts. Laufend fänden Anpassungen statt, man sei sehr gut unterwegs. In der erwähnten Studie stehe alles, was man wissen müsse. Es gebe noch nicht viele zertifizierte Minergie-Bauten in der Schweiz. In Liestal sollten es gleich hundert Prozent sein. Der Mehrwert eines Minergie-Hauses werde bei einer Gebäudeschätzung nicht automatisch berücksichtigt. In der Broschüre stehe übrigens, dass der Heizölpreis bei CHF 218 pro hundert Liter Öl liegen müsse, damit sich Minergie finanziell lohne. Zum Geschäft für die Architekten: Sieben Prozent mehr beim Bau eines Einfamilienhauses sei eine grosse Summe. Bisher habe er als Architekt die Erfahrung gemacht, dass manche Leute zwar gerne mit dem Minergie-Standard bauen würden, aber letztlich dann dort sparen würden, weil ihnen das Raumprogramm wichtiger sei. Er mache beliebt, den Antrag der Spezialkommission zu unterstützen.

Corinne Ruesch (GL) erinnert daran, dass der Rat in der ersten Lesung keinen guten Konsens gefunden habe. Die Abstimmungen seien zum Teil knapp ausgefallen. Das widerspiegeln, dass die Zonenvorschriften zu Gunsten partikularer Interessen und zu Ungunsten des Gemeinwohls und der Natur zerpfückt worden seien. Die Vorschriften zur Wärmedämmung könnten wieder etwas hineinbringen, das im Verlauf der Besprechungen in der Kommission verloren gegangen sei. Es stehe Liestal als Energiestadt gut an, wenn sie vorausgehe. Auch wenn der Kanton damit noch ein wenig hilflos sei: Den Minergie-Artikel im Reglement zu lassen, setze im Minimum ein Zeichen. Eine Ortsplanung ohne klares Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung könne man nicht gut heissen, denn das, was aufgrund dieser Ortsplanung entstehe, habe weit über den heutigen Tag hinaus Geltung. Sie bitte darum zu überlegen, ob man nicht das Energie-Zeichen setzen wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen entgegnet, nun wolle er sich doch für die neue Ortsplanung wehren. Die Grünen würden sie als Zittergreis ohne Zähne darstellen, dabei sei sie noch nicht einmal geboren. Mit der Ortsplanung schaffe man eine Verdichtung gegen innen und im Speziellen zusammenhängende Grüngürtel. Es seien OeWA-Zonen ausgeschieden worden, in denen zum Teil auch Mischnutzungen möglich seien. Die Ortsplanung sei kein zahnloser Tiger. Die Kommission habe 22 Sitzungen abgehalten und in der Schlussabstimmung eine grosse Mehrheit erreicht. Die knapp ausgefallene Abstimmung an der ersten Lesung widerspiegeln nicht das Verhältnis innerhalb der Spezialkommission. Er wehre sich dagegen, dass man wegen des Themas Minergie und wegen der Ausnützungsziffer, bei der es nur um wenige Prozente gegangen sei, die ganze Ortsplanung zerreiße. Mit dem Hinweis auf die Volksabstimmung den Minergie-Artikel ins Reglement bringen zu wollen, sei für ihn eine Art Erpressung. Das Thema Minergie werde im Energiegesetz und nicht in den Zonenvorschriften geregelt, das müsse man nun einfach glauben. Der Kanton habe diese Kompetenz bei sich behalten. Es müsse doch auch das Vertrauen da sein, dass mit dem Label Energiestadt in Liestal etwas passiere.

://: Der Antrag der Spezialkommission Revision Ortsplanung, den in der ersten Lesung neu bestimmten Artikel 30 „Minergie“ zu streichen, wird mit 27 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erläutert, er gehe das Reglement weiter seitenweise durch. - Da sich niemand mehr gemeldet habe, sei das Reglement mit den Anträgen aus der ersten Lesung und mit dem Wiedererwägungsantrag der Spezialkommission aus der zweiten Lesung bereinigt. Es fahre weiter mit dem Zonenplan Grundnutzung, dem Zonenplan überlagernde Gebiete, dem Strassennetzplan, dem Lärmempfindlichkeits-Stufenplan und dem Inventarplan. Er stelle fest, dass es zu keinem dieser Punkte Bemerkungen gebe. Er komme nun zu den Schluss-Abstimmungen.

Matthias Zimmermann (SP) betont, die SP-Fraktion sei in inhaltlichen Fragen auch hin- und hergerissen. Wenn der Rat es aber nicht schaffe, das Geschäft mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit durchzubringen, werde es schwierig, das dem Volk zu erklären. Er bitte die Grüne Fraktion und das grünliberale Einwohnerratsmitglied darum, über den eigenen Schatten zu springen und mitzumachen.

Michael Bischof (FDP) äussert, ihm liege daran, das Werk nicht abstürzen zu lassen. Er weise darauf hin, dass nach Artikel 40 in allen Quartierplänen der Minergie-Standard oder Ähnliches erbracht werden müsse. Damit habe man bereits einen beträchtlichen Anteil, nämlich die grossen Gebilde, abgedeckt.

Erika Eichenberger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion werde die Abstimmung nicht zum Scheitern bringen. Es sei für die Grünen ein inneres Anliegen gewesen, den Minergie-Artikel durchzubringen. Man hätte damit ein Zeichen gesetzt. Einzelne Mitglieder der Fraktion würden allerdings ein Zeichen setzen, das müsse man akzeptieren.

://: Die Mutationen zu den Zonenvorschriften Siedlung ausserhalb der Teilzonenvorschriften Zentrum werden in der Fassung nach Beratung in der BPK grossmehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen beschlossen.

://: Der Inventarplan wird grossmehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen und als behördenverbindlich erklärt.

://: Die im Jahre 1992 überwiesene Motion zur Überarbeitung der Zonenvorschriften 1974 (Nr. 92/366) und die im Jahre 2002 überwiesene Motion zur Reduktion der OeWA-Zone (Nr. 2002/117) werden einstimmig abgeschrieben.

://: Der Antrag des Einwohnerratsbüros, den Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen, wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung genehmigt.

://: In der Gesamtabstimmung wird die Teilrevision Ortsplanung grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass die Vorlage damit die Vier-Fünftel-Hürde genommen habe.

Hanspeter Meyer (SVP) fügt hinzu, er danke Philipp Senn, der mit Bravour als Vizepräsident der Spezialkommission Revision Ortsplanung die zwei Lesungen des Geschäfts über die Bühne gebracht habe. Es freue ihn, dass man nach über zweijähriger Arbeit in der Kommission zu einem guten Ende gekommen sei. Dafür bedanke er sich herzlich.

43 F.5.5.2. Unterstützungsfälle, Verwandtenunterstützung: Einzelne Fälle

5. Bericht des Stadtrates betreffend Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen – Anpassung (Nr. 2008/32)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, das Büro beantrage, das Reglement an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) zu überweisen.

://: Die Überweisung des Berichts des Stadtrates betreffend Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen - Anpassung an die GoR wird einstimmig genehmigt.

44 F.2.C. Feuerwehr, Oelwehr - Vorschriften, Reglemente

6. Bericht des Stadtrates betreffend Feuerwehrreglement – Totalrevision (Nr. 2008/35)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, das Büro beantrage, das Reglement an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) zu überweisen.

://: Die Überweisung des Berichts des Stadtrates betreffend Feuerwehrreglement - Totalrevision an die GoR wird einstimmig genehmigt.

Schlussbemerkungen

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, sie bedanke sich dafür, dass der Einwohnerrat den Budgetposten für die Jugendkommission wieder aufgestockt habe, damit diese arbeiten könne. Während der Diskussion zu diesem Thema habe sie nicht Auskunft geben können, da sie wegen eines Termins mit Regierungsrätin Sabine Pegoraro den Saal habe verlassen müssen. Es sei ihr ein Anliegen, über die Aktivitäten der Jugendkommission kurz zu berichten. Derzeit gebe es zwei Jugend-Projekte. Das erste sei das Projekt „Jugend mit Wirkung“, das im Frühling 2009 in Angriff genommen werde. Es koste etwa CHF 15'000.-. Dabei gehe es um einen Mitwirkungstag in Liestal. Das zweite sei ein Forschungsprojekt, das die Hochschule für Technik in Rapperswil in diesen Tagen an Liestal herangetragen habe. Es gehe darum, wie man bei der Gestaltung von öffentlichem Raum die Bedürfnisse der Jugend in den Planungsprozess einbeziehen könne. Dieses Projekt, bei dem verschiedene Städte mitmachen würden, laufe von Frühling 2009 bis Ende 2010. Es koste CHF 20'000.- bis 35'000.-, finanziert werde es in zwei Tranchen. Es stelle eine Chance dar, die Liestal wahrnehmen werde.

Schluss der Sitzung: 19 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon